

Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Nun halten Sie die erste Ausgabe der Südosteuropa Mitteilungen in Händen, die unter dem neu zusammengesetzten Redaktionsteam entstanden ist. Geändert haben sich teilweise die Personen, die an der Publikation mitarbeiten, die Zielsetzung und der Qualitätsanspruch bleiben jedoch gleich. Gleichgeblieben ist auch die politische Großwetterlage, in der dieses Heft unserer Zeitschrift erscheint. Sieben Monate schon ist es her, dass Russland seinen Angriffskrieg in der Ukraine begonnen hat. So ist es nur folgerichtig, dass Sie auf den kommenden Seiten auch Analysen im Zusammenhang mit dem Krieg finden werden. Jens Bastian etwa schreibt über das „Sanctions Roulette“ in Südosteuropa und geht der Frage nach, aus welchen Gründen sich einige Staaten in der Region – selbst solche, die zur EU gehören – den Sanktionen gegen Russland nicht anschließen oder wie einfach es auch ist, sie zu umgehen. Bastian hat den unterschiedlichen Erfahrungshorizont der sanktionierenden Länder im Blick, wenn er schreibt, dass sich einige von diesen noch an die „Gaskrise“ vom Winter 2019 erinnern, als Russland aufgrund von Vertragsstreitigkeiten vorübergehend die Gasversorgung kappte. In welcher Form und wie lange sich gerade diese Länder an Sanktionen beteiligen werden, „wird die Entschlossenheit der Bürger, der Unternehmen und letztlich den politischen Willen der Entscheidungsträger in der Region auf die Probe stellen“, so Bastian.

Thomas Brey zieht in seiner Analyse einen Vergleich zwischen dem Ukraine-Krieg und den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre. Beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens habe man studieren können, „was später wie eine Blaupause für Putins Russland anmutet“: die „Notwendigkeit“, Minderheiten außerhalb der eigenen Grenzen „vor ihrer angeblichen Auslöschung“ zu schützen sowie die „Ummünzung der eigenen Aggression in eine angebliche Verteidigung nationaler Existenz“. Grund für dies alles sei in allen Fällen das Bestreben, eine „vermeintlich einstige nationale Größe zurückzugewinnen.“ Vor allem Geschichtsbücher dienten dazu, den staatlich gelenkten Revisionismus auch an die nächste Generation weiterzugeben. Dass auch Literatur die Macht hat, Sicht- und Denkweisen nachhaltig zu verändern, zeigen Tatjana Petzer und Christian Voß in ihrem Beitrag. Literatur beeinflusse durch ihre kulturelle Attraktivität nicht nur die öffentliche Meinung, sondern diene dem Regime dazu, die Diskurse über Freundschaft und Feindschaft zu kontrollieren und zu legitimieren. Russland, so Petzer und Voß, habe „die internationale Bühne mit neuen (westlichen) PR-Strategien“ betreten. Dazu gehörten auch eigenproduzierte Serien für Streamingdienste, „die in der Tradition historiographisch prekärer Propagandafilme mit einer falsifizierenden Darstellung des Geschehens“ stünden und welche den sowjetischen Mythos vom gemeinsamen Sieg gegen den Faschismus sowie eine antiliberalen Politik“ propagierten.

Mit selbstgeschaffenen Mythen nach einem anderen Krieg befasst sich die Analyse von Reiner Möckelmann zur Türkei und deren Rolle im Holocaust. Glaubt man der aktuellen türkischen Geschichtspolitik, so haben sich die damalige türkische Regierung und ihre

Diplomaten im Zweiten Weltkrieg unermüdlich für den Schutz und die Rettung von Juden eingesetzt. Anhand vielfältiger Quellen zeigt Möckelmann, dass dieses Bild einer Retternation nicht den tatsächlichen Ereignissen entspricht. Anders in Albanien. Selten ist etwas über die Rolle Albanien beim Umgang mit der jüdischen Bevölkerung vor und während des Zweiten Weltkriegs zu lesen. Bernd Borchardt liefert mit seinem Text unerwartete Informationen. So zum Beispiel, dass Albanien das einzige europäische Land ist, in welchem nach dem Krieg deutlich mehr Juden lebten, als vorher. Sie kamen von der Iberischen Halbinsel und fast allen Staaten in der Region Südosteuropa. Selbst, als die albanische Regierung nach der Flucht König Zog die jüdenfeindliche Gesetzgebung Nazideutschlands übernahm, zeigten Politiker und vor allem auch Privatleute große Zivilcourage. Einfache Familien versteckten jüdische Flüchtlinge, Funktionsträger führten angeordnete Deportationen nicht aus.

Zivilcourage zeigt auch die diesjährige Preisträgerin des Solidaritätspreises für Journalistinnen und Journalisten aus Südosteuropa der SOG, die serbische Journalistin Ivana Gordić Perc. Sie wurde während Ihrer Recherchen bedroht und eingeschüchert, und trotzdem berichtete sie weiter über die Zustände auf der Baustelle der Reifenfabrik Linglong, die ein chinesischer Investor in Zrenjanin errichtet. Der Fokus ihrer Berichterstattung liegt auf den vietnamesischen Arbeiter*innen, die unter unmenschlichen Bedingungen zu einem Hungerlohn arbeiten müssen. Auch auf die chinesisch-serbischen Handelsbeziehungen geht Gordić Perc in ihrer Analyse ein – auf einseitige Gewinnabschöpfung von chinesischer Seite, auf als Investitionen getarnte Kredite und auf die Einflussnahme von Investoren auf die lokale Politik und Justiz. Im zweiten Teil ihrer Analyse berichtet Gordić Perc über ihre persönlichen Erfahrungen mit diesen ungunstigen Verflechtungen.

Der Text eines weiteren Preisträgers der SOG – Moritz Müller, bereits 2021 ausgezeichnet mit dem Förderpreis der Südosteuropa-Gesellschaft für die beste Masterarbeit in den Südosteuropastudien – befasst sich mit der Frage, wie die Erinnerung an den Krieg das Empfinden von Zeit beeinflusst und wie sich in der Erinnerung an traumatische Erlebnisse die Beziehungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verändern. Müller analysiert das Werk „Shards“ von Ismet Prčić, in welchem der im bosnischen Tuzla geborene und 1996 in die USA emigrierte Autor über seine Erinnerungen an den Bosnienkrieg reflektiert. „Geschichte schreibt über die Folgen von Krieg, jedoch nicht über die brüchige Gegenwart seiner Wahrnehmung“, bilanziert Müller.

Aktuell, und deshalb ganz vorn im Heft zu finden, ist die Analyse von Meta Novak und Damjan Lajh zu den Wahlen in Slowenien vom April 2022. Es waren die zehnten Wahlen in 30 Jahren Unabhängigkeit. Die Wahlbeteiligung war mit fast 71 Prozent ungewöhnlich hoch. Das Ziel vieler Bürger*innen war, die Politik des populistischen Ministerpräsidenten Janez Janša abzuwählen. Entgegen den sonstigen Trends in der Region wurde dieses Ziel erreicht und der Unternehmer Robert Golob erreichte einen erdrutschartigen Wahlsieg. Er verspricht, in ständigem Austausch mit der Zivilgesellschaft und basierend auf Expertenwissen zu regieren. „Die Erwartungen an die Performance der Regierung Golob sind hoch und es bleibt abzuwarten, ob sie erfüllt werden können“, schreiben Novak und Lajh.

Wir wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre

*Ihr Redaktionsteam
Christian Hagemann*

Viktoria Palm

Stephani Streloke